

Vorwürfe gegen Börsenneuling Comroad

Klage wegen gescheiterter Kapitalerhöhung erwogen / Firma dementiert Täuschungsabsicht

München, 25. November - Ehemalige Investoren werfen dem Börsenkandidaten Comroad vor, sie bei einer fehlgeschlagenen Kapitalerhöhung im Vorfeld der Emission getäuscht zu haben. Die Anleger prüfen derzeit zivil- und strafrechtliche Schritte, erklärt Daniela Bergdolt, Rechtsanwältin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Der Vorstand des Unternehmens habe möglicherweise gegen das Aktiengesetz verstoßen, weil er wichtige Umstände zum Zweck einer Kapitalerhöhung verschwiegen habe.

Die Aktien des Verkehrstechnik-Spezialisten aus Unterschleißheim bei München sollen an diesem Freitag erstmals am Neuen Markt notieren. Nach Auskunft des Deutschen Aktieninstituts seien im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung zwar einschneidende finanzielle Folgen für das Unternehmen unwahrscheinlich, wegen des Imageschadens werde der Vorstand in solchen Fällen jedoch oft zum Rücktritt gezwungen.

Formfehler

Sieben Anleger zeichneten im Frühjahr vergangenen Jahres insgesamt 1800 Comroad-Aktien für je 50 DM das Stück. Das entsprach einem Anteil von 1,8 Prozent am Unternehmen. Die Altaktionäre beteiligten sich ebenfalls an der Kapitalerhöhung. Wegen eines Formfehlers akzeptierte das Registergericht die Zeichnungsscheine jedoch nicht. Den Angaben von Comroad zufolge beanstandete es allerdings nur die Papiere der Altaktionäre, die daraufhin korrigierte Fassungen nachreichten.

Im Februar 1999, so schildert Comroad-Vorstandsvorsitzender Bodo A. Schnabel den Fortgang, habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG bemerkt, dass auch die Zeichnungsscheine der sieben Drittzeichner unwirksam waren. Am 7. April teilte das Registergericht mit, dass die vom Unternehmen gesetzte Frist überschritten sei. Ende April habe das Unternehmen endgültig gewusst, dass die Kapitalerhöhung nichtig und die Drittzeichner nicht zu Aktionären geworden seien, erinnert sich Schnabel. Im Sommer zahlte Comroad die Einlagen mit 8 Prozent Zinsen zurück.

Es sei merkwürdig, dass Comroad die Drittzeichner erst im Juli informiert habe, meint die Rechtsanwältin Bergdolt. Und die Zeitschrift *Going Public* berichtet in ihrem E-mail-Service, noch im Mai 1999 habe sich einer der Drittzeichner nach der Entwicklung seiner Aktien erkundigt. Im Antwortschreiben sei Comroad-Chef Schnabel nicht auf die Frage nach den Aktien eingegangen und habe gegen besseres Wissen den Eindruck erweckt, der Investor sei zum Aktionär geworden. Bergdolt wundert sich nach eigenen Worten darüber, dass die Firma den nichtig gewordenen Beschluss zur Kapitalerhöhung wiederholt, aber die Privatinvestoren nicht zur Teilnahme eingeladen hatte.

Schnabel weist jegliche Täuschungsabsichten von sich: „Comroad selbst ist durch den Vorgang geschädigt worden.“ Die Einlagen aus der fehlgeschlagenen Kapitalerhöhung mussten deshalb nach seinen Angaben in den Büchern als Fremdkapital ausgewiesen werden, als Folge hätten ausreichende Eigenmittel gefehlt.

Darin liege auch der Grund für den Vermerk der Wirtschaftsprüfer im Jahresabschluss 1998, wonach die Gesellschaft „bilanziell überschuldet“ sei. In dieser Lage habe Comroad schnell Kapitalerhöhungen beschließen und durchführen müssen, erklärt Schnabel. Daher sei keine Zeit gewesen, die Privatinvestoren zu fragen. Darüber hinaus sei nur einer der sieben gescheiterten Investoren mit der Rückzahlung seines Kapitals nicht einverstanden gewesen. Zudem habe sich der Kapitalbedarf nun in Regionen von 2 bis 3 Millionen DM und nicht mehr bei 90.000 DM bewegt.

Notar wehrt sich

Vor einer möglichen Klage fürchtet sich Schnabel nach eigenen Worten nicht: „Drei Anwälte haben die Angelegenheit untersucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Ansprüche gegenüber Comroad entstehen können.“ Ein Teil der Betroffenen habe zudem von dem Angebot Gebrauch gemacht, bevorrechtigt Aktien beim Börsengang zu zeichnen. Concord Effekten, Konsortialführer der Emission, verteidigt ebenfalls den Börsenneuling. Für den entscheidenden Fehler sei der zuständige Notar verantwortlich, sagt Comroad-Direktor Johannes Mauser. Der Notar Martin Schuck wies die Vorwürfe allerdings gegenüber der *SZ* zurück und sagte, er erwäge eine Unterlassungsklage wegen dieser Behauptung gegen Mauser. (Weitere Informationen zu diesem Thema sind im Internet unter www.sueddeutsche.de/wirtschaft zu finden).

Renate Daum (SZ v. 26.11.1999)